

Jäger wollen keine Steuern mehr zahlen

Kreistagspolitiker beschäftigen sich mit Antrag zur Abschaffung der Jagdsteuer / CDU-Fraktion uneins

Während in Osterholz-Scharmbeck heftig über die beschlossene Erhöhung der Hundesteuer diskutiert wird, läuft in der Politik auf Kreisebene derzeit eine ganz andere Debatte: Die Osterholzer Jägerschaft setzt sich für die Abschaffung der Jagdsteuer im Landkreis Osterholz ein. Im Ausschuss für Ordnungswesen befasste sich erstmals die Politik mit dem entsprechenden Antrag. Eine Empfehlung haben die Abgeordneten noch nicht ausgesprochen. Die CDU-Fraktion sieht noch Beratungsbedarf in den eigenen Reihen.

VON LUTZ RODE

Landkreis Osterholz. Schon lange wollen die Osterholzer Jäger erreichen, dass die von ihnen gezahlte Steuer zum Abschuss freigegeben wird: Nicht mehr zeitgemäß und ungerecht sei die Steuer, finden sie. Aber vor allem verweisen die Jäger darauf, dass sie im Interesse der Allgemeinheit wichtige Aufgaben erfüllen. Gemeint ist damit unter anderem, dass die Jäger zu jeder Tages- und Nachtzeit gerufen werden, wenn wieder einmal ein Reh oder Wildschwein bei einer Kollision mit einem Auto verendet ist und das tote Tier eingesammelt und entsorgt werden muss.

Dass sie trotz dieser Leistungen über die Steuer zur Kasse gebeten werden, sehen die Osterholzer Jäger nicht mehr ein. Torsten Wischhusen, Vorsitzender der Kreisjägerschaft und zugleich CDU-Kreistagsabgeordneter, verweist in seinem Antrag an Landrat Dr. Jörg Mielke darauf, dass einige Jagdrevier-Inhaber bereits erwägen, künftig kein Unfallwild mehr zu entsorgen, sollte alles beim Alten bleiben.

Aus finanzieller Sicht des Landkreises kommt der Vorstoß der Jägerschaft zur Unzeit: Gut 55 000 Euro nimmt der Landkreis jährlich durch die Jagdsteuer ein. Ob die Steuer nun sinnvoll ist oder nicht – mit einem Federstrich auf diese Einnahmequelle zu verzichten, kommt aus Sicht der Kreisverwaltung nicht in Frage. Schließlich erwartet der Landkreis für 2012 ein Defizit von 8,2 Millionen Euro. Ein freiwilliger Verzicht auf die Steuer könnte dazu führen,

dass der Haushalt des Landkreises gar nicht erst vom Innenministerium in Hannover genehmigt wird.

Doch weil die Kreisverwaltung sehr wohl auch sieht, dass die Jäger viele Dinge tun, die im öffentlichen Interesse liegen, hat sie den Kreistagspolitikern eine Alternativ-Lösung vorgeschlagen: Danach zahlen die Jäger wie gehabt ihre Steuern, im Gegenzug gibt der Landkreis der Osterholzer Jägerschaft einen Zuschuss von jährlich 10 000 Euro zur Erfüllung der Aufgaben im Dienste der Allgemeinheit.

SPD lehnt Vorstoß ab

Nur wenige Kreistagsabgeordnete können sich allerdings für diesen Vorschlag erwärmen. Jürgen Ahlers von der Bürgerfraktion unterstützt die Idee, ansonsten schmeckt der Kompromissvorschlag keinem der im Ausschuss vertretenen Politiker so recht. Die SPD-Fraktion hat sich bereits festgelegt: Sie lehnt die Abschaffung der Jagdsteuer ab, und auch die Grünen und die Linke wollen nichts davon wissen, weil sie von den Argumenten der Jäger nicht überzeugt sind. Sie bezweifeln, dass die Jäger ausschließlich für das Gemeinwohl tätig sind, ohne einen eigenen Nutzen von der Jägerei zu haben. Ein reines Ehrenamt sei das nicht. „Die Jägerschaft hat über 700 Mitglieder. Wenn die Bedingungen so unattraktiv wären, würden es sicher nicht so viele machen“, meint zum Beispiel Grünen-Abgeordneter André Hilbers.

In den Reihen der CDU-Fraktion ist man sich noch uneins. Die meisten seien für die Abschaffung der Jagdsteuer, versichert Brunhilde Rühl. Doch es gibt auch Gegenstimmen: Christdemokrat Werner Grobbau zum Beispiel hält den Vorstoß angesichts der schwierigen Finanzsituation des Kreises für „nicht glücklich“. Intern wollen die Christdemokraten das Thema noch einmal diskutieren. Viel Zeit bleibt ihnen nicht: Schon am 21. Februar wird der Finanzausschuss erneut über den Antrag der Jäger beraten, danach geht es am 28. Februar nicht-öffentlich im Kreisausschuss weiter. Die Entscheidung soll schließlich in der Kreistagssitzung am 29. Februar fallen.



Die Osterholzer Jäger stoßen für die Abschaffung der Jagdsteuer kräftig ins Horn. Über ihren Vorstoß, der Landkreis möge die Steuer künftig auf null festsetzen, wird nun in der Politik beraten. SPD, Grüne und Linke sind dagegen, die CDU ist sich noch uneins. FOTO: PHILIPP SCHULZE